

V2534 Interpellation (SP/JUSO) „Auflösung und Liquidation Farb AG (Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern)“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Die Gemeinde Köniz stellt im Sinn einer selbstgewählten Aufgabe nach Artikel 62 des Gemeindegesetzes Angebote im Bereich der sozialen oder beruflichen Integration bereit. Gemäss dem Reglement über die Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern hat die Gemeinde die Erfüllung der Aufgabe der Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern AG (FARB AG) übertragen, welche die Aufgabe in eigener unternehmerischer Verantwortung seit 2017 erfüllt. Nun wurde bekannt, dass die AG (Aktionärgemeinden zu je 50%: Köniz und Ittigen) per Ende 2026 aufgelöst und liquidiert werden soll.

Vor diesem Hintergrund möchten die Interpellant:innen vom Gemeinderat wissen:

1. Warum wird die Farb AG aufgelöst?
2. Weshalb wird mit der Liquidation nicht bis Ende 2027 (bis zur Neuvergabe durch die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion GSI) gewartet?
3. Wie wird Köniz ab 2027 die selbstgewählte Aufgabe im Bereich der sozialen und beruflichen Integration erfüllen?
4. Wohin werden die Sozialdienste ab 2027 die Sozialhilfebeziehenden (bei der Farb AG bisher jährlich rund 600 Personen) vermitteln?
5. Mit welchen Massnahmen werden die rund 40 Mitarbeitenden der Farb AG bei der beruflichen Neuorientierung und der Suche von Anschlusslösungen unterstützt?
6. Wie soll das Angebot bis Ende 2026 aufrechterhalten werden, wenn laufend Mitarbeitende kündigen?
7. Wurden die 14 Regionsgemeinden, welche das Angebot der Farb AG nutzen, vom Verwaltungsrat um (finanzielle) Beteiligung / Unterstützung angefragt?
8. Wurde eine Kooperation / ein Zusammenschluss der Farb AG mit dem Kompetenzzentrum Arbeit KA (Fachstelle für Arbeitsintegration der Stadt Bern) geprüft?
9. Was kostet die Liquidation und wer bezahlt sie?
10. Mit welchen Mehrkosten rechnet die Gemeinde, wenn sie ihre Aufträge ab 2027 nicht mehr an die Farb AG vergeben kann?

Géraldine Mercedes Boesch, Isabelle Steiner

Eingereicht

03.11.2025

Unterschrieben von 25 Parlamentsmitgliedern

Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Urs Mumenthaler, Klaus von Muralt, Jutta Gubler Kläner-Menke, Franziska Adam, Bülent Celik, Janka Hamm, Mayra Faccio, Arlette Mürger, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Katja Streiff, Matthias Müller, Andreas Hauser, Heidi Eberhard, Sladjan Petrovic, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Laura Hoffman, Sara Gasser, David Müller, Brigitte Rohrbach, Selin López, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Warum wird die Farb AG aufgelöst?

Seit mehreren Jahren sind die Fallzahlen in der Sozialhilfe rückläufig. Damit verbunden sank der Bedarf an Integrationsangeboten, und die Auslastung der Farb AG konnte nicht mehr auf wirtschaftlich und fachlich tragfähigem Niveau gehalten werden.

Trotz wiederholter Anpassungen und Optimierungen (Zusammenlegungen, Angebotsreduktionen) blieb die Auslastung zu gering. Verschiedene Varianten, auch Kooperationen mit anderen Trägerschaften, wurden geprüft, boten aber keine stabile Perspektive. Nach sorgfältiger Analyse ist der Verwaltungsrat zum Schluss gekommen, dass die Chancen der Farb AG im anstehenden Ausschreibungsverfahren erfolgreich zu bestehen sehr gering sein werden. Die Aktionärsgemeinden Köniz und Ittigen entschieden daher, die Gesellschaft in einer stabilen Phase und aus eigener Substanz geordnet aufzulösen. Der Entscheid ist vorausschauend und risikobewusst, nicht kurzfristig motiviert.

2. Weshalb wird mit der Liquidation nicht bis Ende 2027 (bis zur Neuvergabe durch die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion GSI) gewartet?

Die Leistungsverträge mit dem Kanton Bern werden jeweils für ein Jahr abgeschlossen; der Vertrag für 2026 liegt vor. Eine Verlängerung über 2026 hinaus hätte für die beiden Aktionärsgemeinden beträchtliche finanzielle Risiken und operative Unsicherheiten mit sich gebracht. Der frühzeitige Entscheid ermöglicht eine kontrollierte und sozialverträgliche Abwicklung und schafft für Mitarbeitende, Teilnehmende und Partner die bestmögliche Planungssicherheit.

Die kantonale Ausschreibung wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach aus unterschiedlichen Gründen verschoben. Ob sie im Jahr 2026 tatsächlich wie vorgesehen durchgeführt wird und das neue System anschliessend wie geplant in Kraft treten kann, ist zum jetzigen Zeitpunkt offen.

3. Wie wird Köniz ab 2027 die selbstgewählte Aufgabe im Bereich der sozialen und beruflichen Integration erfüllen?

Das geltende Reglement der Gemeinden Köniz und Ittigen sieht vor, dass sie freiwillig Angebote zur sozialen und beruflichen Integration bereitstellen. Die Umsetzung dieser Aufgabe haben beide Gemeinden an die Farb AG delegiert. Diese erbringt im Auftrag öffentlicher oder privater Auftraggeberinnen und Auftraggeber – gestützt auf Leistungsverträge – Integrations- und Beschäftigungsangebote. Die operative Umsetzung liegt bei der Farb AG; ihre Kompetenzen sind in den Statuten geregelt, während über eine Auflösung die Generalversammlung entscheidet. Wird die Farb AG aufgelöst, besteht der reglementarische Auftrag zwar weiter, es fehlt jedoch eine Organisation, die diesen erfüllen könnte. Eine zu frühe Aufhebung des Reglements würde diesem Umstand nicht gerecht, da die Farb AG bis zum Beschluss weiterhin Leistungen erbringt und der Auftrag faktisch noch besteht. Im Verlauf des Jahres 2026 werden sowohl in Köniz als auch in Ittigen die entsprechenden Anträge zur Aufhebung des Reglements eingereicht.

4. Wohin werden die Sozialdienste ab 2027 die Sozialhilfebeziehenden (bei der Farb AG bisher jährlich rund 600 Personen) vermitteln

Es gilt die Zuweisungen für das Jahr 2027 und ab 2028 zu unterscheiden.

Für 2027:

Die künftige Ausgestaltung der Arbeitsintegrationsangebote für das Jahr 2027 nach der Auflösung der Farb AG ist Gegenstand laufender Klärungen zwischen Kanton, Gemeinden respektive den Sozialdiensten und den beteiligten Partnern. Die entsprechenden Abklärungen zur Organisation der Arbeitsintegration für das Jahr 2027 sind in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern angelaufen. Gespräche und Treffen mit der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) respektive dem Zuständigen Amt für Integration und Soziales wurden unverzüglich

aufgenommen und finden regelmässig statt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es jedoch zu früh, um verbindliche Aussagen zu machen. Der Kanton befindet sich in einer führenden Rolle bei der Erarbeitung der Angebotsgestaltung und stimmt sich dabei mit den Gemeinden respektive Sozialdiensten und bestehenden Anbietern ab. Auch die laufenden Gespräche mit Partnerfirmen der Farb AG sind Teil dieses Prozesses und unterliegen der notwendigen Vertraulichkeit. Ziel ist eine geordnete und abgestimmte Lösung, die Qualität und Kontinuität sicherstellt.

Ab 2028

Das kantonale Projekt «Veränderungen Arbeitsintegration VAI» legt die Grundlage für die künftige Organisation und Steuerung der Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe ab 2028. Das Amt für Integration und Soziales (AIS) der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) führt das Projekt «Veränderungen Arbeitsintegration VAI» durch, um das bestehende System der BIAS-Angebote abzulösen. Ziel des Kantons ist es, auch künftig ein bedarfsgerechtes und wirksames Angebot für Sozialhilfebeziehende im ganzen Kanton sicherzustellen.

Die Konzeptphase für VAI wurde im Juni 2025 gestartet; seither läuft die fachliche Ausgestaltung der neuen Lösung und die Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens. Eine Fachgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden, der Sozialdienste (VBG, BKSE) und weiterer Stakeholder begleitet den Prozess. Die Ausschreibung ist im Frühjahr 2026 geplant, Start des neuen Modells ist voraussichtlich 2028. Anzumerken ist, dass der Zeitplan bereits mehrmals teilweise massiv angepasst werden musste (Projekt AI-BE, Stillstand, Projekt VAI).

5. Mit welchen Massnahmen werden die rund 40 Mitarbeitenden der Farb AG bei der beruflichen Neuorientierung und der Suche von Anschlusslösungen unterstützt

Es ist vorgesehen, die Mitarbeitenden situationsgerecht zu unterstützen, unter anderem durch interne Gespräche, Laufbahnberatung sowie die Nutzung bestehender Netzwerke zur beruflichen Neuorientierung. Ein formeller Sozialplan besteht derzeit nicht; der Verwaltungsrat wird mögliche Elemente erst nach Vorliegen der Liquidationsbewertung prüfen. Über Entschädigungen, Frühpensionierungen oder andere pauschale Zusagen können zum heutigen Zeitpunkt keine Aussagen gemacht werden. Die Gesellschaft ist bestrebt, für alle Mitarbeitenden faire und individuelle Übergänge zu ermöglichen. Die konkrete Ausgestaltung allfälliger Massnahmen hängt stark von der Liquidationsbewertung sowie vom Verlauf des Geschäftsbetriebs bis zum 31. Dezember 2026 ab.

Den beiden Aktionärgemeinden ist eine möglichst sozialverträgliche Gestaltung der Liquidation wichtig, insbesondere unter Berücksichtigung von Härtefällen und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.

6. Wie soll das Angebot bis Ende 2026 aufrechterhalten werden, wenn laufend Mitarbeitende kündigen

Die Farb AG überwacht laufend die Personal- und Teilnehmersituation. Bei Engpässen werden interne Anpassungen oder zeitlich befristete Rekrutierungen geprüft. Der direkte Austausch mit dem Kanton Bern bleibt eng, um bei Bedarf gemeinsame Überbrückungslösungen zu finden. Der Leistungsvertrag 2026 sichert die betriebliche Stabilität.

7. Wurden die 14 Regionsgemeinden, welche das Angebot der Farb AG nutzen, vom Verwaltungsrat um (finanzielle) Beteiligung / Unterstützung angefragt

Wir gehen bei der Beantwortung davon aus, dass nicht die 15 angeschlossenen Sozialdienste, sondern die über 50 Gemeinden die den Sozialdiensten angeschlossen sind, gemeint sind.

Die über 50 angeschlossenen Gemeinden wurden nicht um finanzielle Beteiligungen angefragt. Dies nicht, weil diese Möglichkeit ausser Acht gelassen wurde, sondern weil der Verwaltungsrat wie bei der Beantwortung der Frage 1 ausgeführt wird, keine stabile Perspektive ab 31.12.2026 sah, um gegenüber den Gemeinden zu argumentieren, warum sie finanzielle Beiträge sprechen sollten.

8. Wurde eine Kooperation / ein Zusammenschluss der Farb AG mit dem Kompetenzzentrum Arbeit KA (Fachstelle für Arbeitsintegration der Stadt Bern) geprüft

Ja. Das KA der Stadt Bern deklarierte von Beginn an klar, dass die Stadt bei der bevorstehenden Ausschreibung alleine eine Offerte einreichen wolle, die Farb AG könne allenfalls als Subunternehmer des KA in Frage kommen. Es stellte sich somit heraus, dass die Farb AG auch als Subunternehmer des KA der Stadt Bern kaum mehr eine Eigenständigkeit in genügendem Ausmass wird aufrechterhalten können. Das umso mehr, als dass Betriebe bei welchen Synergieeffekte zu erwarten sind, sinnvollerweise zusammengeführt würden. Dies hätte jedoch zur Folge, dass die Grösse und die Struktur der Farb AG substantiell reduziert würde. Die Grundlage einer wirtschaftlich und fachlich sinnvollen Weiterführung der Farb AG würde dadurch weiter reduziert. Aus Sicht des gesamten Verwaltungsrates und beider Gemeinderäte wären die Risiken für die Aktionärsgemeinden dadurch weiter erhöht und die Optionen der Farb AG reduziert worden. Das macht für die Aktionärsgemeinden keinen Sinn und beide Gemeinderäte sahen sich in der Pflicht die nötigen Schritte Zeitnah in die Wege zu leiten um das Risiko zu vermeiden. Der Entscheid des Gemeinderates von Bern, einen Letter of Intent nicht zu unterzeichnen bestätigte, dass das Vorgehen der beiden Gemeinderäte richtig ist.

9. Was kostet die Liquidation und wer bezahlt sie?

Die Liquidationskosten sind zum jetzigen Zeitpunkt schwierig zu beziffern. Diese Kosten hat die Farb AG grundsätzlich selbst zu tragen. Sollten die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, könnten die beiden Gemeinden nachschusspflichtig werden, wenn ein Konkurs verhindert werden soll. Es zeichnet sich ab, dass geprüft werden muss, ob die Gemeinden im Bedarfsfall bereit wären, eine Nachschusszahlung oder ein Darlehen mit Rangrücktritt zu gewähren.

Der Verwaltungsrat hat deshalb möglichst frühzeitig, zu einem Zeitpunkt, als noch Eigenkapital vorhanden war, die Liquidation beantragt, um das Risiko einer Nachschusspflicht zu minimieren und einen möglichen finanziellen Schaden für die Gemeinden möglichst gering zu halten.

10. Mit welchen Mehrkosten rechnet die Gemeinde, wenn sie ihre Aufträge ab 2027 nicht mehr an die Farb AG vergeben kann

Die Farb AG hat bisher im Auftrag der Gemeinde diverse Aufgaben ausgeführt (z.B. Abteilung Umwelt und Landschaft ca. 1'000 Stunden/Jahr). Es ist noch nicht festgelegt, wer diese Aufgaben in Zukunft ausführt und ob dies zu Mehrkosten führt.

Köniz, 10.12.2025

Der Gemeinderat